



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Irak 2018

Antifolterkonvention: unterzeichnet

Die Menschenrechtslage im Jahr 2018 war weiterhin geprägt von dem im Jahr 2017 beendeten militärischen Konflikt zwischen der irakischen Regierung und den IS-Truppen in der Region von Mossul. Die irakische Regierung hat Lager eingerichtet, in denen sie Jugendliche und Männer inhaftiert, denen eine Mitgliedschaft im IS vorgeworfen wird. Im März berichtete AI, dass in solchen Lagern etwa 19.000 angebliche IS-Terroristen in Haft sind, von denen etwa 3000 zum Tode verurteilt wurden. AI hat die Zustände bei der massenhaften Untersuchung von Jugendlichen und Männern bei und nach der Eroberung dokumentiert, dabei kam es zu massiven Folterungen und Misshandlung, zusätzlich herrschten erbärmliche Haftbedingungen. Offensichtlich wurden reihenweise unter Folter zustande gekommener Geständnisse vor Gericht verwendet. Frauen in den Flüchtlingscamps um Mossul, denen eine familiäre Verbindung zum IS nachgesagt wird, wird humanitäre Hilfe wie Lebensmittel, Wasser und medizinische Versorgung verweigert, außerdem werden sie häufig Opfer sexueller Ausbeutung und Vergewaltigung. Eine Rückkehr in ihre Häuser wird ihnen häufig verwehrt, aber selbst wenn es ihnen gelingt, erwartet sie dort noch weitere Diskriminierung und Verfolgung. Viele Familien sind durch die radikale Festnahmepolitik zerrissen. Darüber hinaus berichtet AI im Dezember, dass der IS in den von ihm früher besetzten ländlichen Gebieten fast 90% aller Bewässerungsanlagen zerstört und/oder mit Öl und anderem verschmutzt hat. Da diese Regionen weltweit zu den trockensten zählen, in denen überhaupt noch Landwirtschaft betrieben werden kann, bedeutete das das Ende der landwirtschaftlichen Betriebe in der Region. Die militärisch nicht notwendige Zerstörung von zivilen Anlagen gilt als Kriegsverbrechen, umso mehr, als dass die Menschen und ihr Leben direkt davon abhängen.

Darüber hinaus gab es immer wieder Fälle von Polizeigewalt bei Protesten. So kam es im März bei Protesten gegen die Sparpolitik der Regierung zu Gewalt gegen die Protestierenden durch kurdische Sicherheitskräfte. Dabei wurden Demonstranten verprügelt und gezielt Journalisten attackiert, die das Geschehen filmen wollten. Im Juli knüppelten Sicherheitskräfte im südlichen Irak Proteste gegen die hohe Arbeitslosigkeit nieder und verletzten viele Protestierende. Tränengas und scharfe Munition wurde gegen friedliche Demonstranten eingesetzt. Während der Proteste wurde das Internet mehrere Tage lang abgeschnitten, um die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zu erschweren. Im September sind in Basra bei Protesten sieben Demonstranten zu Tode gekommen. Der Premierminister hat eine Untersuchung der Vorfälle angekündigt.